

Abg. Tendler erläuterte, der Antrag solle den ÖPNV langfristig attraktiver und bezahlbar machen. Das vorgeschlagene Bürgerticket, das alle Menschen im Rhein-Sieg-Kreis für 1 €/Tag den ÖPNV nutzen lässt, schaffe mehr Anreize, um auf den Nahverkehr umzusteigen. Beispielhaft für die Nutzung eines solchen Tickets sei die Stadt Wien. Parallel dazu müsse natürlich das ÖPNV-Angebot weiter ausgebaut werden. Heute solle nicht die Umsetzung des Bürgertickets beschlossen, sondern die Verwaltung mit der Vorbereitung der Einführung und der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen sowie der Prüfung der haushaltsrechtlichen Auswirkungen beauftragt werden.

SkB Schroerlücke wies darauf hin, dass das Nahverkehrssystem ohnehin schon überlastet sei. Ein 1 €-Ticket trage nicht gerade zur Entlastung bei. Außerdem ergeben sich aus dem Antrag noch einige Fragen, z.B. ob das Ticket an bestimmte zeitliche Mindestabnahmen gebunden sei (1 €/Tag bei Kauf eines Halbjahres- oder Jahresticket), wie man mit den deutlich geringeren Fahrgeldeinnahmen umgehe und was das für die Einnahmenaufteilung beim VRS bedeute. Natürlich könne man diese Fragen noch alle klären. Er frage sich aber, ob das der richtige Weg sei. Er halte es für besser, das bestehende Tarifsystem zu überarbeiten und da sei der VRS auf dem richtigen Weg.

Abg. Krauß bemerkte, eine Auseinandersetzung mit dem Ticketsystem sei nicht neu. Der Antrag der SPD spreche von Bürgerticket und vom Ticket für Alle. Das seien aber zwei völlig unterschiedliche Dinge. Bei einem Bürgerticket werde von jedem Bürger ein bestimmter Betrag als Umlage erhoben und dann aus dem gemeinsamen Topf im Wege eines Solidarmodells der ÖPNV finanziert. Das sei aber offensichtlich nicht das Ziel des Antrages. Vielmehr solle ein Ticket für Alle für 1 € angeboten werden, was dann optional von jedem erworben werden könne. Es müsse aber zunächst einmal für jeden Bürger möglich sein, den ÖPNV zu nutzen. Auf bestimmten Strecken sei aber die Kapazität gar nicht vorhanden. Außerdem sei bei einem 1 €-Ticket für Alle die Finanzierung noch überhaupt nicht geklärt.

Abg. Dr. Kuhlmann bestätigte die Aussage über das Nahverkehrssystem in Wien. Dort sei der ÖPNV komfortabel, pünktlich und das Tarifsystem einfach. Ein 1 €-Ticket gebe es allerdings auch in Wien nicht. Das preiswerteste Ticket koste 2,40 €. Im Übrigen könne die Hauptstadt Wien nicht mit einer ländlichen Region wie dem Rhein-Sieg-Kreis verglichen werden. Er halte eine 1 €-Ticket für Alle im Rhein-Sieg-Kreis schon allein aus finanziellen Gründen nicht für umsetzbar. Ziel sollte für uns vielmehr ein komfortabler und pünktlicher ÖPNV sein.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erläuterte, Wien habe 1990 mit der Parkraumbewirtschaftung begonnen, mit dem Ziel das Autofahren unattraktiver und teurer zu machen. Die Einnahmen seien in den Ausbau des ÖPNV investiert worden. Dadurch habe es Wien geschafft, den Modal-Split-Wert auf ca. 32 % anzuheben. Danach sei das 365 €-Jahresticket eingeführt worden, was den Modal-Split-Wert nur noch gering um ca. 1 %-Punkt ansteigen ließ. Das zeige, dass der wesentliche Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV der Ausbau des ÖPNV sei. Dies sehe man auch an der Diskussion in Bonn, wo darauf verwiesen werde, dass ein 365 €-Jahresticket nur wenig nutze, wenn man gar nicht erst in die Busse und Bahnen hineinkomme. Aus diesem Grund habe man beim VRS schon vor einem Jahr fraktionsübergreifend ein Gutachten in Auftrag gegeben, das den Handlungsbedarf aufzeigen solle. Gleichzeitig beschäftige man sich auch mit dem Tarifmodell und den Tarifsystemen, um Lösungen zu finden, damit die Preise für das Einzelticket nicht weiter ansteigen. Solange der Rhein-Sieg-Kreis Mitglied im VRS sei, müsse für alle eingeführten Einzelmaßnahmen der entstehende Einnahmenausfall ausgeglichen werden. In Bonn seien das im Rahmen des Lead-City-Tickets nur für Neukunden 7-8 Mio. €/Jahr. Wenn man ein kreisweites 365 €-Jahresticket einführen möchte, müsse man von einem Zuschussbedarf von grob gerechnet 60 Mio. € ausgehen.

SkB Leuning machte noch einmal deutlich, Ziel des Antrags sei es, alle jetzt angesprochenen Fragen zu klären. Auf Dauer werde man zur Lösung der Verkehrsprobleme nicht umhinkommen, einschneidende Veränderungen im ÖPNV vorzunehmen. Das angesprochene Kapazitätsproblem bestehe nur auf einigen wenigen Hauptlinien. Dass der VRS das Tarifsysteem überarbeiten wolle, sei zu begrüßen, löse aber nicht die Verkehrsprobleme. Er dankte Herrn Abg. Krauß für die Klarstellung der Begriffsdefinitionen. Mit dem Antrag sei natürlich kein verpflichtendes Ticket für Alle gemeint, sondern ein Optionsticket für 1 € pro Tag, das jedermann erwerben könne.